
Liebe Leserinnen und Leser,



die Schulferien sind schon weitgehend beendet, die Schultüten mit Anti-Atom-Bonbons gefüllt – da macht sich unsere Kanzlerin auf den Weg: Angela Merkel ist zur Energiereise aufgebrochen. Im Rahmen ihrer Tour will sie auch am **26. August** das AKW Lingen 2 und die Baustelle des Kohlekraftwerks in Lünen besichtigen. Klar, dass sich an beiden Orten Protest formiert. In Lingen wird am Vormittag ab ca. 10 Uhr vor dem AKW demonstriert, in Lünen am Nachmittag. Der BBU ruft auch zur Teilnahme auf. Infos gibt es schnellstmöglich auf der BBU-Seite unter „Termine“. www.bbu-online.de.

Die Atomindustrie schlägt auf den Titelseiten der Presse Kapriolen, nicht zuletzt dank der glorreichen Idee der Atomiker, Atomkraftwerke stillzulegen. Der BBU begrüßt diese „Drohung“ der vier großen Energieversorgungsunternehmen auf das Schärfste, fordert aber noch mehr: Die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen! Eine Presseerklärung des BBU dazu, sowie zu weiteren Themen, findet Ihr hier: <http://www.bbu-online.de/Presse.htm>. Aber nicht nur die Atomkraft bewegt die ökologischen Debatten. Weitere brisante Themen, die sich auch im Newsletter widerspiegeln, sind die CO₂-Endlagerung und die weiter um sich greifende Massentierhaltung. Meldet Euch, wenn der BBU vor Ort bei diesen oder anderen Themen helfen kann, und informiert uns über Eure Aktivitäten.

Noch möglichst viele sonnige Augusttage wünscht Euch die BBU-Newsletter-Redaktion!

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Unterstützt den BBU mit kleinen und großen Spenden!

(UB) Je mehr Spenden der BBU erhält, desto umfangreicher kann er Bürgerinitiativen vor Ort den Rücken stärken. Darum: Spendet für den BBU! Spendenkonto: Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666. Spenden und Beiträge (Bist Du schon BBU-Mitglied?) sind steuerlich abzugsfähig. Und es ist simpel, für den BBU zu spenden: Einfach auf die Internetseite des BBU gehen und dort rechts unten das Feld „Spendenportal.de“ anklicken. www.bbu-online.de. Natürlich sind auch klassische Überweisungen willkommen ...

BBU-Terminhinweise diesmal aus Platzgründen „nur“ als Link: <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>.

2. Themenbereiche

Anlagensicherheit

Reader „Anforderungen an eine stoffliche Erweiterung der Seveso-II-Richtlinie“ veröffentlicht

Derzeit wird auf der EU-Ebene die Seveso-II-Richtlinie novelliert, die in Deutschland durch die Störfall-Verordnung umgesetzt wird. Ob eine Chemieanlage unter den Geltungsbereich der Störfall-Verordnung fällt, richtet sich danach, ob bestimmte in der Richtlinie aufgeführte Stoffe in dort festgelegten Mengen vorhanden sind. Von den VertreterInnen der Umweltverbände in der Kommission für Anlagensicherheit wurde angeregt, im Rahmen der Novellierung zu prüfen, ob die Stoffliste der Seveso-II-Richtlinie um weitere Substanzen ergänzt werden sollte. Zu diesem Thema veranstaltete die GFI auf Vorschlag der UmweltverbandsvertreterInnen am 26.9.2009 in Hamburg einen Workshop. Die dort gehaltenen Vorträge und Ergebnisse sind nun in Form eines Readers veröffentlicht unter http://www.kas-bmu.de/publikationen/andere/OEKOPOL_Workshop.pdf

Neben einer Einführung in die Entwicklung der Seveso-Richtlinie und einer ersten Analyse über Defizite der Stoffliste bietet der Reader Informationen zu ausgewählten Stoffgruppen und zur Notwendigkeit, diese zukünftig in der Stoffliste zu berücksichtigen. So ist z.B. trotz der abzusehenden Gefahren von Carbon Capture and Storage (CCS) Kohlendioxid bisher nicht als Störfallstoff eingestuft. Persistente, bioakkumulierende und toxische Stoffe (PBT) sowie sehr persistente, sehr bioakkumulierende Stoffe (vPvB) gemäß REACH sollten zukünftig in die Stoffliste aufgenommen werden. Bei Stoffen mit krebserzeugender, reproduktionstoxischer und keimzellenmutagener Wirkung ist auch nach inhalativer Einmalexposition eine Gesundheitsgefährdung anzunehmen, die eine Aufnahme dieser CMR-Substanzen rechtfertigt. Zudem sollten endokrin wirksame Stoffe Berücksichtigung finden.

Oliver Kalusch, Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied und Vertreter des BBU in der Kommission für Anlagensicherheit (KAS)

Atomindustrie

Sonnige Demo am 24. Juli in Süddeutschland: Atomausstieg sofort – Energiewende jetzt!

„Wer bei unserer Demonstration „Atomausstieg sofort! Energiewende jetzt!“ in Stuttgart nicht dabei war, hat etwas verpasst. Nachdem sich die Regenschauer pünktlich zum Kundgebungsbeginn verzogen hatten, war das Wetter ideal: Nicht zu heiß, teilweise kam sogar die Sonne heraus. Beeindruckend war die Vielzahl an Fahnen, Transparenten und phantasievollen Verkleidungen: Eine richtig bunte Demo. Erfolgreich verlief auch die Aufstellung einer großen „lebenden“ Antiatomsonne.



Durch alle Redebeiträge zog sich durch: Wir wollen keine Laufzeitverlängerung, wir wollen keinen Großkonzern EnBW, sondern eine Energiewende hin zu einer dezentralen, regenerativen und lokal verankerten Energieversorgung.

Die angepeilte Zahl von tausend Teilnehmern wurde weit übertroffen. Quelle: <http://www.bbm.de/2010/07> (Gekürzter Bericht). Weitere Infos zu den Atomanlagen in Süddeutschland, besonders zum AKW Neckarwestheim, gibt es bei Wolfgang Scheffbuch von der BBU-Mitgliedsgruppe BBMN,

kontakt@bbm.de. Aufgrund der erheblichen Kosten für die Demo freuen sich die VeranstalterInnen über Spenden. Bund der Bürgerinitiativen mittlerer Neckar e. V., VR-Bank Stromberg-Neckar eG, BLZ 604 91 430, Kontonummer 47 17 90 001, Stichwort „abschalten“. Weitere Infos auf der neuen Homepage des BBMN: www.bbm.de.

Atomlobby droht mit AKW-Aus - BI Umweltschutz: "Ja bitte, sofort!"

Rückstellungsmilliarden der Konzerne müssten endlich besteuert werden

Die Energiekonzerne E.on, REW, Vattenfall und EnBW drohen mit dem Sofortausstieg, sollte die schwarz-gelbe Regierungskoalition an der Einführung einer Brennelementesteuer festhalten. Diese Steuer würde jährlich rund 2,3 Mrd. Euro in die Staatskasse spülen. "Die Atomlobby droht mit dem AKW-Aus- Ja bitte, sofort!" kommentiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) das Gerangel um Brennelementesteuer, längere Laufzeiten und das geplante Abschöpfen der Zusatzgewinne. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: "Es ist überfällig, die fette Beute der Atomwirtschaft, die Rückstellungsmilliarden, in gesellschaftliche Verantwortung, in einen öffentlich-rechtlichen Fonds zu überführen. Kommt es nicht zum freiwilligen Sofortausstieg, wäre die Brennelementesteuer zwar nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber immerhin ein Anfang zur Sanierung Morslebens und der Asse II." Die verwirrte Drohung der Konzerne allerdings, die Atomkraftwerke trotz aller Überprivilegierungen sofort stillzulegen, sehen die Gorleben-Gegner als "starkes Symptom fortgeschrittener Profititis": ein Fall für den Arzt am Krankenbett des Kapitalismus.

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 16.08.10; Kontakt: www.bi-luechow-dannenberg.de; die BI ist BBU-Mitglied.

21. August: Mal richtig abschalten

Infos zum bundesweiten Aktionstag gegen Atomanlagen unter www.campact.de/atom2/abschalten/uebersicht.

Internationale Konferenz gegen Uranabbau

Die deutsche Sektion der IPPNW ist Mitveranstalter der Konferenz "Uranabbau, Gesundheit und Indigene Völker" am 26. August 2010 im Kollegiengebäude der Universität Basel im Vorfeld des IPPNW-Weltkongresses. Sprechern bedrohter indigener Völker wird auf der Veranstaltung die Gelegenheit gegeben, an die europäische Öffentlichkeit und in Kontakt zu PolitikerInnen und Nichtregierungsorganisationen zu treten sowie ihr solidarisches Netz enger zu knüpfen. Ausführliche Informationen über die Konferenz gibt es im Internet unter <http://www.nuclear-risks.org/de/startseite.html?L=3>.

Landeskonzferenz der NRW-Anti-Atomkraft-Initiativen

(UB) Die nächste Landeskonzferenz der nordrhein-westfälischen Anti-Atomkraft-Initiativen findet am 29. August in Düsseldorf statt. Neben verschiedenen örtlichen und regionalen Anti-Atomkraft-Initiativen lädt auch der BBU zur Teilnahme ein. Auch wenn es in NRW kein kommerzielles AKW gibt, liegen viele nukleare Themen an: UAA in Gronau, Atommüll-Lager Ahaus, zahllose Atomtransporte kreuz und quer durch das Land, Atommüll-Lager in Duisburg und Jülich usw. Die Konferenz beginnt um 11.00 Uhr. Tagungsort ist das Umwelt-Zentrum in Düsseldorf, Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf-Bilk. Weitere Infos beim BBU AK Energie unter 02562-23125 und im Internet unter <http://board.sofa-ms.de/thread.php?threadid=200&seite=1&#ende>.

Anti-Atom-Familienfest am 5. September am AKW Grafrheinfeld

Wir laden herzlich ein zum Besuch des bunten Anti-Atom-Familienfestes. Es wird Brückenfest genannt, da die neu gebaute Brücke mit Blick auf das AKW Grafrheinfeld bewusst in die Veranstaltung einbezogen wird. So machen wir deutlich, dass es eine Falle ist, wenn uns das Festhalten am hochgefährlichen Betrieb der Atommeiler als „notwendige Brückentechnologie“ verkauft werden soll. Quelle und Infos: <http://viku.info/index.php?id=953&L=0>

25 Jahre Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau – Kundgebung am 5. September vor der UAA

(UB) Am 15. August 1985 ging die Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) offiziell in Betrieb. Zum „Geburtstag“ hat die Anti-Atomkraft-Bewegung dem Betreiberkonzern Urenco mit einer Großanzeige in den Gronauer Nachrichten gratuliert, in der von der neuen NRW-Landesregierung die sofortige Stilllegung der UAA Gronau gefordert wird. Unterzeichnet wurde die Anzeige von vielen Initiativen und Verbänden, u. a. auch vom BBU. Und am 5. September wird vor der UAA (Röntgenstraße 4, Gronau) für die sofortige Stilllegung der UAA demonstriert. Auch der BBU ruft zur Teilnahme auf. Eine gemeinsame Pressemitteilung des BBU und seiner Gronauer Mitgliedsgruppe AKU Gronau zum 25. „Geburtstag“ der UAA findet man hier:

<http://www.bbu->

[online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202010/BBU%20PM%2025%20Jahre%20UAA%20Gronau,%2013.08.2010.pdf](http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202010/BBU%20PM%2025%20Jahre%20UAA%20Gronau,%2013.08.2010.pdf)

Breites Bündnis gegen den 12. Castor-Transport nach Gorleben

Der Widerstand gegen den nächsten Castor-Transport ins Wendland formiert sich. Auf einem Treffen in Hannover wurde herausgestellt, mit "Kind und Kegel" soll am Wochenende vor dem Eintreffen der Atom-müllfuhrer aus der französischen Atommüllschmelze Cap de La Hage in Sichtweite des Castor-Verlade-Krans in Dannenberg demonstriert werden. Die Proteste im September gegen die Aufhebung des Gorleben-Moratoriums ("das Moratorium geht, die Unruhe kommt") würden in eine Großdemonstration mit breiter Unterstützung aus Anti-AKW-Inis, Umweltverbänden, Gewerkschaften, Kirchenkreisen - voraussichtlich im November - münden. Schon am 18. September wird in Berlin ein weiteres Mal nach dem Krümmel-Treck und der Menschenkette zwischen Brunsbüttel und Krümmel mit der Umzingelung des Regierungsviertels für den Atomausstieg statt für die Verlängerung von Laufzeiten demonstriert. Die Großdemo, so unterstrichen die "Berliner" u. a. von .ausgestrahlt, des BUND und der Internetinitiative Campact, wollten sie nutzen, um für den Novembertermin ins Wendland zu mobilisieren. Die Anti-Atom-Inis aus dem Atommülldreieck Salzgitter, Wolfenbüttel und Morsleben wollen dann mit einem bunten Treck zur Demo ins Wendland aufbrechen. Das wird die größte Anti-Atom-Manifestation in der Geschichte des Wendlands", ist sich Kerstin Rudek, die BI-Vorsitzende, schon jetzt sicher. Aufruf und Erstunterzeichner s. www.castor2010.de. Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BBU-Mitglied) vom 18.8.10; Kontakt: Wolfgang Ehmke 0170 510 56 06



Biogasanlagen

Biogasanlagen und Biotreibstoff begünstigen Grundwasserbelastung

Hierzu gibt es im aktuellen Rundbrief des VSR-Gewässerschutzes einige Informationen:

- Es kommt beim Mais- und Rapsanbau zur Flächenausdehnung: Raps und Mais sind aus Sicht des Gewässerschutzes Problemkulturen: Sie benötigen eine vergleichsweise hohe Menge an Dünger und Pflanzenschutzmitteln.
- Düngung mit Gärresten sind schwer zu kontrollieren: In Biogasanlagen fallen große Mengen als Reststoffe aus der Vergärung an. Diese sind hochwertige Düngemittel. Ihre Zusammensetzung schwankt sehr stark, sodass sie allerdings schwieriger in ihrer Handhabung sind als mineralische Düngemittel.
- Anstieg der innerbetrieblichen Nährstoffmenge durch Ersatz von Marktfrüchten: Während Marktfrüchte, die verkauft werden, den gesamtbetrieblichen Nährstoffüberschuss senken, ist dies bei Pflanzen, die für die betriebsinterne Biogaserzeugung genutzt werden nicht der Fall. Der Stickstoffumsatz in den einzelnen Höfen kann beim Einsatz der Gärreste zur Düngung immer weiter ansteigen, was die Gefahr der Nitratauswaschung erhöht.
- für eine hohe Energieausbeute ist eine hohe Stickstoffdüngung nötig: Im Gegensatz zur Produktion von Lebens- und Futtermittel werden bei diesen Energiepflanzen ganz andere Anforderungen gestellt. Man erwartet hohe Massenerträge und eine hohe Energieausbeute. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt man intensiv Dünger ein. ...

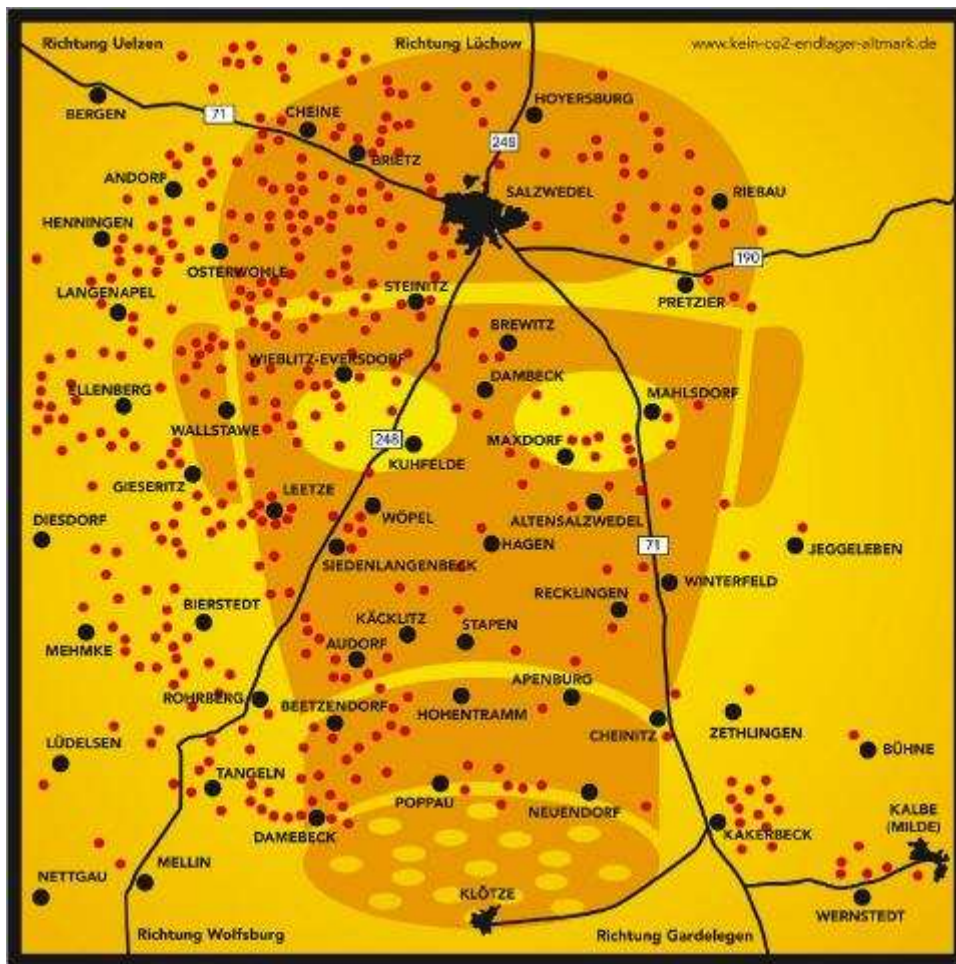
Ausführlichere Erklärungen gibt es unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/resources/Rundbrief+02+2010.pdf>

Harald Gülzow, Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied

CCS-Endlagerung

BI veröffentlicht erste Bohrlochkarte der Erdgaslagerstätte Altmark

In der westlichen Altmark im Norden von Sachsen-Anhalt an der Grenze zu Niedersachsen wollen die Energiekonzerne Vattenfall und Gaz de France Suez (GDF SUEZ) unter wissenschaftlicher Begleitung durch das Deutsche GeoForschungszentrum (GFZ) in einem Pilotprojekt 100.000 Tonnen CO₂ aus einem Lausitzer Braunkohlekraftwerk mit CO₂ Abscheidung (CCS-Technologie) in poröse Sandsteinschichten unter die Altmark verpressen. Dies soll stattfinden in einem Gebiet ehemaliger Gaslagerstätten, welches ca. 2000km² umfasst und von ca. 100.000 Menschen bewohnt wird. Hier befinden sich - je nach Angaben - 450 bis 600 Bohrungen mit einer Tiefe von ca. 3000-3500 Metern, welche zu Zeiten der DDR verschlossen wurden, jedoch nicht unter dem Aspekt einer für Jahrtausende sicheren Endlagerung von CO₂. Ein Gefährdungspotential durch austretendes CO₂ ist somit nicht abzuschätzen. Sicher ist hingegen, dass 8% CO₂ in der Luft tödlich sind für den Menschen. Weitere Risiken ergeben sich daraus, dass das zu verpressende CO₂ mit weiteren Schadstoffen aus der Kohleverbrennung wie z.B. Salzsäure, Fluorwasserstoff verunreinigt ist. Bereits Mitte September soll es einen Kabinettsbeschluss für den neuen CCS-Gesetzesentwurf geben, der seit dem 14.07. vorliegt. Dann soll die Einbringung in den Bundestag und Bundes-



rat erfolgen, damit das Gesetz Anfang 2011 in Kraft tritt. Dringender denn je brauchen wir jetzt jede persönliche Beteiligung, andernfalls wird es zu einem CCS-Gesetz mit allen Folgen und Konsequenzen für die Altmark kommen.

Quelle und weitere Informationen: <http://www.kein-co2-endlager-altmark.de>.

Die BI Kein CO2 Endlager Altmark ist eine Mitglieds-Initiative des BBU.

Links: Bohrlochkarte der Erdgaslagerstätte Altmark

Die Karte enthält 408 von möglichen 600 Bohrlochern und hat daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Durch jedes dieser Bohrlocher kann bei einer Leckage CO2 austreten.

„Bundwirtschaftsministerium scheut Offenlegung brisanter Inhalte des CCS-Gesetzentwurfs“

Auf Einladung des Bundeswirtschaftsministeriums findet am 27.08. eine Gesprächsrunde für Verbände statt um über den vorgelegten CCS-Gesetzentwurf zu sprechen. Leider wurde unserer Bürgerinitiative auf Anfrage zur Teilnahme an dieser Gesprächsrunde am 06.08. mit einer Absage die Teilnahme versagt.

Diese Bürgerinitiative ist insofern besonders betroffen, als in der Altmark ein sogenannter „Forschungsspeicher“ geplant ist. Dieser ist gemäß § 37 des CCS-Gesetzentwurfs von Sicherheitsauflagen befreit, wie sie für den „Kohlendioxid-speicher“ auf dem Papier stehen.

So braucht u. a.

- die „Langzeitsicherheit nicht gewährleistet“ zu sein und
- Mensch und Umwelt dürfen „beeinträchtigt“ werden

In einem nur 1 Tag nach Veröffentlichung des CCS-Gesetzentwurfs veröffentlichten Förderprogramm des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zur „Geologischen CO2-Speicherung“ wird dies konkretisiert: Fördergelder sollen gezahlt werden u. a. für Forschungen zur

- „Kontrolle und Steuerung (!) von CO2-Emissionen in die Atmosphäre“ und
- Für „Interventionsstrategien ... bei Kontamination im Grundwasser“

Praktisch bedeutet dies: Experimente mit CO2-Freisetzungen und Grundwasserkontaminationen. Ausgewählt werden könnte hierfür die vergleichsweise dünn besiedelte und „strukturschwache“ Altmark, denn begleitet wird die Ausschreibung durch den Projektträger Jülich und das GFZ, Potsdam – rein zufällig beide Beteiligte am CLEAN-Projekt für den „Forschungsspeicher“ in der Altmark.

Durch die Ausladung der Altmark-BI soll offensichtlich verhindert werden, dass öffentlichkeitswirksam auf diese Vorhaben aufmerksam gemacht wird.

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung der BBU-Mitgliedsorganisation „BI Kein CO2 Endlager Altmark vom 7. August 2010“. Die vollständige Pressemitteilung kann hier gelesen werden:

<http://www.kein-co2-endlager-altmark.de/downloads/pressemitteilung-07082010.pdf>

Erdgasspeicherung

Die Bezirksregierung Arnsberg – Abteilung Bergbau und Energie in NRW – hat am 17. Mai 2010 den Planfeststellungsbeschluss für die „Erweiterung der Verdichter- und Entnahmestation für den Erdgaskavernenspeicher Epe“ der „Essent Energie Gasspeicher GmbH“ festgestellt. Der Beschluss wurde u. a. den zu beteiligenden Naturschutzverbänden mit Datum vom 26.07.2010 zugeschickt. Nähere Informationen hierzu sind beim BBU-Mitglied AKU Gronau unter mail@aku-gronau.de in Erfahrung zu bringen.

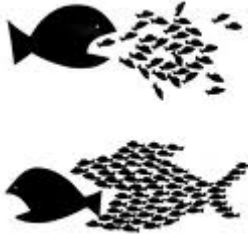
Kriminalisierung

Nach Protest gegen BP: ethecon-Preisträgerin Diane Wilson drohen zweieinhalb Jahre Haft

Infos zur Solidaritäts-Eilaktion unter <http://www.ethecon.org/de/793>.

Kriminalisierungsversuch im Kreis Recklinghausen

Umweltschützer wird seit 2002 durch Staatsschutz und BKA überwacht!



Eigentlich ging es am 17. März 2010 um eine kurze spontane Versammlung vor der Stadthalle in Datteln. Grund hierfür waren die Äußerungen von Umweltminister Röttgen, die Bauarbeiten am Salzstock in Gorleben ohne weitere rechtliche Überprüfung fortzusetzen. Was jetzt zum Vorschein kam ist ein Skandal! Bereits beim Eintreffen am Versammlungsort wurde einer von drei Umweltschützern namentlich (das Aussehen war wohl nicht bekannt) von der Polizei gesucht. Offenbar wurde hier bereits vorermittelt. Die Polizei versuchte zunächst die Versammlung aufzulösen und drohte Strafanzeige an. Erst nachdem die drei Versammlungsteilnehmer sich strikt weigerten und darauf bestanden eine Versammlung anzumelden, war einer der Beamten bereit die Anmeldung entgegenzunehmen. Strafanzeige wegen einer nicht angemeldeten Versammlung wurde trotzdem gegen

den bekannten Umweltaktivisten erstattet. Nach Durchsicht der Ermittlungsakte offenbarte sich dem Betroffenen eine fein säuberliche Auflistung sämtlicher Aktivitäten im Kohlekraftwerks- und Atomwiderstand seit dem Jahr 2002. Bildmaterial, Presseartikel, Interviews, Teilnahme an Versammlungen der letzten 8 Jahre sowie diverse E-Mails waren der Hauptakte angehängt. Offenbar soll hier versucht werden, bereits in der Vergangenheit eingestellte Verfahren, erneut zu nutzen, um den Betroffenen zu kriminalisieren. Wir solidarisieren uns mit dem Angeklagten und sagen deutlich: Nicht wir sind kriminell, sondern die Konzerne, die ohne Skrupel Menschen und Umwelt verstrahlen und zerstören. Ob in Gorleben, Ahaus, Gronau, Jülich..... oder sonst wo. Angeklagt werden meist Einzelne, gemeint sind wir Alle! Wir bitten euch deshalb um Solidarität und Unterstützung! Kommt zur Verhandlung am Dienstag den 24.08.2010 um 11.00 (Sitzungssaal 127) am Amtsgericht Recklinghausen, Reitzensteinstr. 17. Weitere Infos unter info@mega-waltrop.de, *Atomfeindliche Grüße*

MegA – Menschen gegen Atomanlagen, www.mega-waltrop.de.

Anm. der Redaktion:

Die MegA Waltrop bittet um Spenden zur juristischen Abwehr des Kriminalisierungsversuchs. Wer spenden möchte, kann bei der Newsletter-Redaktion ein entsprechendes Spendenkonto in Erfahrung bringen.

Massentierhaltung

(UB) Der BBU hat in den letzten Tagen mehrere Einsprüche gegen Massentierhaltungsbetriebe im Kreis Borken (NRW) erhoben. Dabei ging es um insgesamt drei Hähnchen- und Schweinemastbetriebe. Jetzt läuft im Kreis Borken noch ein Verfahren zum Ausbau eines Schweinemastbetriebs. Auch hier (in Gronau) wird der BBU Einspruch erheben und den örtlichen Widerstand unterstützen. Ein Sammeleinspruch ist in Vorbereitung. Wer ihn unterstützen möchte, kann Einspruchslisten bei der BBU-Mitgliedsgruppe AKU Gronau unter 02562-23125 bestellen.

Die vom BBU unterstützte generelle Unterschriftenaktion gegen die Massentierhaltung wird weiter fortgesetzt: http://www.sofortiger-atomausstieg.info/Fuer_eine_artgerechte_Tierhaltung.pdf.

Umweltmanagement

Besuch der Internationalen Konferenz zum Umweltmanagement in León, Mexiko - Teil 1

Vom 11.7.2010 bis zum 17.7.2010 fand in León, Mexiko die 17. Internationale Konferenz des ISO/TC 207 „Environmental Management“ - Umweltmanagement statt. Mit Hilfe der finanziellen Unterstützung der Umweltverbände konnte ich nach Mexiko reisen, um an der Konferenz teilzunehmen. Es waren rund 400 NormungsexpertInnen aus aller Welt gekommen, um in dieser Woche Normungsvorhaben zu bearbeiten und sich untereinander auszutauschen.

Ich habe die Konferenz mit den Beratungen zum Water Footprint gestartet. Hier soll, ähnlich wie beim Carbon Footprint, die Auswirkung eines Produkts auf den Verbrauch/Nutzung von Wasser untersucht werden. Die Beratungen befassten sich mit unterschiedlichen Methoden und Ansätzen zur Konzeption eines Water Footprint. Insbesondere die VertreterInnen aus Entwicklungsländern hatten ein großes Interesse an diesem Thema. Aus meiner Sicht sollte ein Water Footprint zu einem achtsameren Umgang mit Wasser beitragen und die schädlichen Wirkungen von Produktionsprozessen auf Wasser minimieren. Dies in der neuen Norm zu verankern, wird die Aufgabe der weiteren Beratungen sein.

Mein zweites Thema waren die Beratungen zu Eco-Efficiency – Öko-Effizienz. Diese Norm ist leider kurz vor ihrer Fertigstellung. Es sollen weiterhin die Wirkungen eher unbestimmter „Werte“ mit „Umweltwirkungen“ in Relation gesetzt werden. Werte können Finanzwerte, ästhetische Werte oder kulturelle Werte sein. Aus Umweltsicht ist diese Konzeption weiterhin nicht akzeptabel. In León fand meine fachliche Kritik Zustimmung bei einigen ExpertInnen. Aber ich konnte keine Mehrheit in der Arbeitsgruppe für grundlegend neue Formulierungen wichtiger Passagen der Norm erreichen.

Ursula Weiß, Mitglied im BBU-Vorstand

Wasserschutz

UBA-Ratgeber „Fluorhaltige Schaumlöschmittel umweltschonend einsetzen“

Löschschäume werden bei der Brandbekämpfung eingesetzt. Fluorhaltige Schäume bilden auf den zu löschenden Oberflächen einen dünnen Wasserfilm um die Löschwirkung zu erhöhen. Um die Umweltgefährdung zu reduzieren wurden die PFOS enthaltenden Schaumlöschmittel verboten. „Es ist allerdings unbestritten dass auch andere poly- und perfluorierte Chemikalie zu langfristigen Problemen für Mensch und Umwelt führen.“ Weiter heißt es im Ratgeber: „Der Umwelt und besonders der Gewässerschutz stellen an die Verwendung fluorhaltiger Schaumlöschmittel sehr hohe Anforderungen: Löschwässer sind im mobilen Einsatz soweit möglich einzudämmen, aufzunehmen (z.B. Saugwagen) und fachgerecht zu entsorgen.“ <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdfl/3956.pdf>, Harald Gülzow, Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied

Die Ruhr - ein deutscher Mittelgebirgsfluss wird durch die Landwirtschaft gebeutelt

Einen traumhaften Nitratwert von nur 3,5 Milligramm pro Liter (mg/l) stellten die Mitglieder vom VSR-Gewässerschutz bei ihrer Messfahrt im April in der Ruhrquelle fest. Sobald der Bach landwirtschaftlich genutzte Gebiete erreichte, stiegen die Nitratkonzentrationen aber an. In Olsberg fanden die Umweltschützer schon 9,8 mg/l. Bis Wickede kletterte die Belastung auf 17,3 mg/l an. Nach dem Zufluss von Lenne und Volme sank die Konzentration



wieder geringfügig auf 14 mg/l Nitrat. In Wetter stellten die Gewässerschutzler dann wieder einen hohen Nitratwert mit 15,8 mg/l fest. Zwischen Witten und der Ruhrmündung in den Rhein bei Duisburg sanken die Werte etwas, bewegten sich aber immer im Bereich zwischen 12,7 und 13,9 mg/l.

Für die Trinkwasserversorgung stellen die Nitratkonzentrationen in der Ruhr kein Problem dar; der Trinkwassergrenzwert von 50 mg/l wird weit unterschritten. Aber ein guter Zustand, wie in der Wasserrahmenrichtlinie gefordert wird, ist bei diesen festgestellten Belastungen nur im Oberlauf zu erreichen. Nach den Vorgaben der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) dürfte das Ruhrwasser für einen guten Zustand höchstens 11 mg/l Nitrat aufweisen.

Doch die Ruhr trägt auch als Nebenfluss zur Nitratbelastung des Rheins bei, der an der Grenze zu Niederlande als auch an der Mündung in die Nordsee eine zu hohe Nitratfracht aufweist und damit die Entstehung von Schaum und Algenblüten an den Stränden fördert.“ so Susanne Bareiß-Gülzow. Der »Rat von Sachverständigen für Umweltfragen« der Bundesregierung (SRU) fordert für die in die Nordsee mündenden Flüsse einen Gesamtstickstoffgehalt von höchstens 0,6 bis 1,8 Milligramm pro Liter. Umgerechnet auf Nitrat würde sich hieraus ein maximaler Wert von 7,9 mg/l ergeben. Dieser Nitratwert wird im Rhein immer noch überschritten und führt somit zur übermäßigen Algenentwicklung.

„Solange große Bereiche des Grundwassers über 25 mg/l Nitrat enthalten wird die Ruhr als Nebenfluss des Rheins weiterhin eine zu hohe Nitratfracht in die Nordsee beisteuern. Meeresschutz fängt im Binnenland an und nicht erst an der Küste.“ so Susanne Bareiß-Gülzow, Vorsitzende vom VSR-Gewässerschutz. Der VSR-Gewässerschutz fordert mehr finanzielle Anreize für Landwirte die auf den Ackerflächen den Stickstoffüberschuss reduzieren und so einen großen Beitrag zum Gewässerschutz leisten. So muss die neue Landesregierung dafür sorgen, dass noch mehr Landwirte ihren konventionellen Betrieb auf den ökologischen Landbau umstellen können.

Die gesamte Presseerklärung steht unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/resources/PE+Ruhr+2010.pdf>

Harald Gülzow, Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied

Neuer Rundbrief unserer Mitgliedsinitiative VSR-Gewässerschutz erschienen

Der Rundbrief steht im Internet unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/9.html>

3. Leserinnenbrief

Liebe Redaktion, der Junirundbrief ist Euch mal wieder richtig gut gelungen! Wichtige Infos und tolle News. Ich gebe Euch gerne eine Rückmeldung, denn ich kenne das Gefühl: Liest das eigentlich jemand? Also ich, von der Bürgerini "Pro Lebensraum Großenlüder" (das ist bei Fulda) bin nun im Bilde und habe den Brief auch fleißig weitergeschickt. Dagmar

Anmerkung der Redaktion: Vielen Dank für das Lob. Davon wünschen wir uns natürlich ganz viel, am liebsten täglich ... Infos unserer Mitgliedsinitiative BI Großenlüder gibt es unter <http://www.pro-grossenlueder.de>

Impressum

BBU-Newsletter Nr. 8 / 2010, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Mitglied des BBU-Vorstand'. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.09.2010. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.